

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1928

3.7.1928 (No. 153)

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Verantwortlich für den redaktionellen Teil und den Staatsanzeiger: Chefredakteur E. Amend, Karlsruhe

Expedition: Karl-Friedrich-Str. 14
Fernsprecher: Nr. 953 und 954
Postfachkonto Karlsruhe Nr. 3515

Bezugspreis: Monatlich 3.25 RM. einchl. Zustellgebühr. — Einzelnummer 10 Pf. — Samstag 15 Pf. — Anzeigengebühr 14 Pf. für 1 mm Höhe und ein Siebentel Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifreduzierter Abat, der als Kassensatz gilt und vorverlegt werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Amtliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karl-Friedrich-Str. 14, zu senden u. werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Klagerhebung, Zwangsweiser Beitreibung, und Konturverfahren fällt der Abat fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streit, Sperrung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in dem unserer Lieferanten, hat der Interessent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telephonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Druckfächer und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatsbasis erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger: Zentralhandberegister für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Waffenscheibblätter, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags

Zur bevorstehenden Regierungserklärung

M. Berlin, 3. Juli. (Priv.-Tel.) Die Regierungserklärung, die heute nachmittags 3 Uhr im Reichstag erfolgen wird, geht von dem Gedanken aus, daß das Kabinett Zeit genug hat, seine Entwürfe vorzubereiten und daß im Herbst nur eine Ergänzung des Kabinetts erfolgen wird, allerdings auf der Basis der großen Koalition mit fester Bindung der Parteien.

Finanzpolitisch hat der Reichsfinanzminister darauf verzichtet müssen, die Steuererhöhung in der Form der Erhöhung des Existenzminimums schon jetzt vorzulegen. Diese Frage wird erst mit dem Etat zusammen im Herbst dieses Jahres erledigt. Dabei soll auch die Frage des Panzerkreuzers entschieden werden. Der Nationalfeiertag wird im Ausschuss behandelt werden; es ist aber sehr fraglich, ob dieser Ausschuss vor den Sommerferien des Reichstags damit fertig wird. Wahrscheinlich erfolgt die Regelung dieser Frage für dieses Jahr im Wege der Verordnung.

Die Regierungserklärung dürfte nach dem „Berl. Tagbl.“ auch an den Problemen der Vereinfachung des Verwaltungs- und Verfassungsrechtes nicht vorübergehen. Dabei ist vielleicht an die Vereinfachung des Staatsrechtes und an die einheitliche Vorbildung der Beamten, Richter und Rechtsanwälte gedacht. Aus dieser einheitlichen Vorbildung ergibt sich eine erhöhte Freizügigkeit. Auch die Frage der Reichsangehörigkeit dürfte eine Rolle spielen. In der Schulfrage war das Problem, eine Formel zu finden. Eine einheitliche gesetzliche Lösung des Schulstoffes scheint für absehbare Zeit aus.

Die außenpolitischen Ausführungen werden sich insbesondere auf die Frage der Räumung der besetzten Gebiete, die Reparationsfrage und den Kellogg'schen Kriegsschlichtungsvorschlag beziehen.

Der „Vorwärts“ gibt einer längeren Mitteilung des sozialdemokratischen Pressedienstes über die Regierungserklärung Raum. Es wird darin u. a. gesagt: Die Fragen der auswärtigen Politik, der Sozialpolitik, der Landwirtschaft, des Mittelstandes, der Finanzen und Steuern, werden eine recht ausführliche Behandlung finden. Es wird gesprochen werden von der Reform der Staatsverwaltung, der Abänderung des Wahlrechts im Sinne einer Verfeinerung der Kreise unter Aufrechterhaltung des Verhältniswahlrechts. Die Vorlegung des vom Reichsrat verabschiedeten Gesetzentwurfes über den Nationalfeiertag wird angekündigt. Der Wunsch nach Abschaffung der Todesstrafe wird zum Ausdruck gebracht. Schließlich wird auch mit der durch die Verhältnisse gebotenen Rücksicht ein mit den Grundgedanken der Verfassung im Einklang stehendes Schulgesetz in Aussicht gestellt, wobei sich freilich wohl alle Beteiligten darüber im klaren sind, daß es gute Weile haben wird, bis eine solche Vorlage an das Parlament gelangt. Die Regierung betrachtet sich nicht als ein Protokoll über als ein Kabinett auf Abbruch; sie ist entschlossen, zu leben, und lange zu leben. Sie setzt sich Ziele, die nur erreicht werden, wenn ihrem Dasein eine verhältnismäßig lange Frist gegeben wird. Das hindert natürlich nicht, daß sie an der Absicht festhält, zu gegebener Zeit, ihre Grundlage durch eine festere und nach außen in die Erscheinung tretende Verpflichtung derjenigen Parteien zu verklären, die sich heute noch nicht als eigentlich „gebunden“ betrachten. Die Regierung muß das Vertrauen des Reichstages haben. Ob sie dabei auf dem Wort „Vertrauen“ besteht, oder ob sie sich mit einer Billigung ihrer Erklärung zufrieden gibt, ist für sie praktisch von verhältnismäßig untergeordneter Belange. Billigung und Vertrauen öffnet den Weg zur Aufnahme der eigentlichen Regierungstätigkeit.

Die Erklärung der neuen Reichsregierung wird auch, wie das Nachrichtenbüro des Vereins Deutscher Zeitungsverleger weiter hört, zu dem Verlangen der Parteien nach Senkung der Steuern, Stellung nehmen. Die Frage der Lohnsteuer dürfte dabei als vorwiegend anerkannt werden. Die sozialdemokratische Fraktion hatte bekanntlich in den Verhandlungen über die Regierungsbildung die sofortige Senkung der Lohnsteuer verlangt. Ob und in welchem Umfang diesem Verlangen Rechnung getragen wird, hängt zu einem großen Teil von der Stellung der übrigen Regierungsparteien und des Reichsrates ab. Die Prüfung des Entwurfes der Lohnsteuer im Reichsfinanzministerium hat ergeben, daß mit nicht unerheblichen Mehreinnahmen gerechnet werden kann. Infolgedessen kann man annehmen, daß die Reichsregierung zu dieser Senkung der Lohnsteuer bereit ist. Dagegen dürfte der Reichsrat Bedenken erheben, wie das schon bei der letzten Senkung der Lohnsteuer im Dezember 1927 der Fall war; diese Bedenken gehen aus der Tatsache hervor, daß 57 Proz. der Einkommensteuer Ländern und Gemeinden zufließen.

Die „Bremen“-Flieger in London. Die „Bremen“-Flieger sind in den ersten Nachmittagsstunden des Montags auf dem Flugplatz Croydon eingetroffen, wo sie von Legationssekretär Feino im Namen des deutschen Völkchters willkommen geheißen wurden. Nach der Ankunft wurde den Fliegern ein Frühstück gegeben, das gemeinschaftlich von der Königl. Kronenflieger-Gesellschaft, dem Royal Aero-Club, der Britischen Luftliga und der Gesellschaft britischer Flugzeugingenieure veranstaltet wurde. Zu einer eindrucksvollen Begrüßung der deutschen Ozeanflieger gestaltete sich der Empfang, den der deutsche Völkchfter Schamer zu Ehren des Hauptmanns Köhl, des Freiherrn von Günefeld und des irischen Kommandanten Fitzmaurice in der deutschen Völkchterschaft gab.

Vulkanausbruch. Auf einer der Philippineninseln ist durch einen Vulkanausbruch die Stadt Sibog zerstört worden.

Letzte Nachrichten

Die letzten Arbeiten an der Regierungserklärung

M. Berlin, 3. Juli. (Tel.) Das Reichskabinett ist heute vormittag zusammengetreten, um die Regierungserklärung, die der Reichskanzler heute nachm. um 3 Uhr im Reichstage abgeben wird, noch einmal zu bearbeiten. Wie in politischen Kreisen verlautet, handelt es sich dabei nur um eine letzte redaktionelle Überprüfung, die an dem sachlichen Inhalt der Erklärung kaum etwas Wesentliches ändern dürfte.

Katastrophaler Einnahmerückgang bei den englischen Eisenbahnen

M. Berlin, 3. Juli. (Priv.-Tel.) Nach einem Bericht des englischen Eisenbahnerverbandes hat sich die finanzielle Lage der englischen Eisenbahnen geradezu katastrophal verschlechtert. Die Einnahmen sind in diesem Jahr gegen das Vorjahr um nicht weniger als 90 Millionen Pfund, das sind 1,8 Milliarden Reichsmark, zurückgegangen.

Neuer Befehlungszwischenfall

D. Neustadt a. d. S., 3. Juli. (Tel.) Bei der Wingerer Kirchweih wollte am Montag Abend ein französischer Soldat, Angehöriger des in Lagen stationierten französischen Pfliegergeschwaders, eine Schenke besuchen. Die Bezahlung des verlangten Eintrittspreises verweigerte er. Als man ihn abwehrte, zog er einen Revolver, gebärdete sich wie toll und bedrohte die Schenke und Besucher mit der Waffe. Von hergekommenen Bürgern wurde er überwältigt, die Waffe, die geladen war, ihm abgenommen und eine größere Anzahl verhaftet. Beim Versuch, den Soldaten zur Kaserne zu bringen, ging er jedoch flüchtig.

Notenwechsel Mussolini-Seipel über Südtirol

M. Rom, 3. Juli. (Stefani.) Um die herzlichen Beziehungen, die vor den Kundgebungen für Oberösterreich in Österreich zwischen den beiden Regierungen bestanden, wieder herbeizuführen, fand zwischen Ministerpräsident Mussolini und dem Bundeskanzler Dr. Seipel ein Völkchterswechsel statt, worin der Bundeskanzler feststellte, daß es sich für die Bundesregierung in dieser Sache um eine rein kulturelle Angelegenheit gehandelt habe. Der Bundeskanzler hat dabei erklärt, daß er nie aufgehört habe, die Südtiroler Frage als eine rein innere italienische Angelegenheit zu betrachten, und daß die italienischen Staatsbürger deutscher Nationalität ihre Wünsche und Einwendungen nur an Italien senden müssen. Der Kanzler erklärte weiter, daß die verantwortlichen Persönlichkeiten Österreichs immer darauf bedacht waren, sich nicht in die inneren politischen Angelegenheiten einzumischen, und daß sie auch in Zukunft diese Richtlinien einhalten werden. Diese Persönlichkeiten hätten nie an antitalienischen Agitationen teilgenommen, und sie auch nicht ermutigt. Wenn ununterbrochene Elemente diesen Weg einschlagen werden, werde die Bundesregierung mit allen ihr im Rahmen der Gesetzgebung stehenden Mitteln dem entgegenzutreten.

Infolge dieses Notenwechsels hat Ministerpräsident Mussolini verfügt, daß der italienische Gesandte in Wien, Commendatore Amriti, auf seinen Wiener Posten zurückkehrt.

Der Kampf um das Polareis

M. Rom, 3. Juli. (Tel.) Nach einem von zuständigen Stellen mitgeteilten Fundpruch der „Gitta di Milano“ ist die drastische Verbindung mit der Gruppe Biglietti wesentlich besser geworden. Die Gruppe befindet sich heute 80 Grad 24 Minuten nördlicher Breite und 28 Grad 50 Min. östlicher Länge von Greenwich. Die Eisverhältnisse wechseln. Infolge des Sinkens der Temperatur besteht wieder die Möglichkeit einer Landung für kleine Apparate. Gestern früh verließen die schwedischen Flugzeuge, die ihren Standort in der Spilopen-Strasse haben, über das Lager der Gruppe Biglietti zu fliegen, aber sie wurden durch Nebel daran gehindert. Dagegen gelang es ihnen, die Verbindung mit den beiden Mitgliedern des Alpenklubs herzustellen.

Die „Vaganga“ ist heute in der Virgo-Bay eingetroffen und wird in der Nacht nach Kingsbay weiterfahren, wo sie neuen Proviant an Bord nehmen und Arbeiten an den Dampfesseln vornehmen muß. Die Apparate Larzens und Rühmholms werden an Bord der „Hobbs“ gebracht, um an der Suche nach der „Latham“ teilzunehmen. Der Eisbrecher „Krafft“ befindet sich jetzt im Kanal zwischen den Siebeninseln und der Insel Sorestra, wo er sehr ausgedehntes und festes Polareis angetroffen hat. Er arbeitet sich mit einiger Schwierigkeit vorwärts. Zwischen Norwegen und Spitzbergen befinden sich Schiffsfahrwege für die italienischen Flugzeuge, die schon eine große Zahl von Flugstunden hinter sich haben, auf dem Transpazifik. Ein von Deutschland gemachtes Angebot zweier Spezialapparate, die mit Gleitflüssen versehen sind und auf einer Höhe von weniger als 50 Meter Ausbehnung landen können, hat man dankbar angenommen. Außerdem hat der bekannte deutsche Flieger Uebert seine Mitarbeit und die seines besonders ausgebildeten Personals zur Verfügung gestellt.

Das italienische militärische Flugzeuggeschwader. In den nächsten Tagen dürfte voraussichtlich das italienische Flugzeuggeschwader von London über Deutschland nach Italien zurückkehren. Es wird in Tempelhof landen und 1 bis 2 Tage in Berlin verbleiben. Ein offizielles Besuch der italienischen Regierung zum Überfliegen und Landen liegt vor.

* Die Deutschnationalen und der Monarchismus

Durch den Aufsehen erregenden Artikel des deutschnationalen Reichstagsabgeordneten Lambach in der „Politischen Wochenchrift“ ist die gesamte, politisch interessierte Öffentlichkeit auf die Tatsache aufmerksam gemacht worden, daß auch die Deutschnationale Volkspartei heute nicht mehr geschlossen auf dem Boden des Monarchismus steht. Wir selbst haben in der „Karlsruher Zeitung“ früher schon öfter die Behauptung vertreten, daß im Bereich der Deutschnationalen Volkspartei die entschiedenen Anhänger des monarchischen Prinzips an Zahl immer geringer würden, und daß für sehr viele Deutschnationale die Frage „Monarchie oder Republik?“ innerlich überhaupt keine Rolle mehr spiele. Wir sind damals noch nicht in der Lage gewesen, festzustellen, ob diese ganze Bewegung nur auf Rauheit und Opportunismus zurückzuführen sei, oder ob wirklich ein erheblicher Bruchteil der deutschnationalen Wähler bereits zu Anhängern der republikanischen Idee geworden sei und von dieser, ihrer neu-gewonnenen Überzeugung aus den Monarchismus ablehnen.

Daß man sehr konservativ sein kann und doch den Monarchismus für eine überlebte Staatsform hält, versteht sich ja von selbst. Natürlich werden die Vorstellungen, die ein deutschnationaler oder konservativer Republikaner vom neuen Staat hat, recht wesentlich von denen der übrigen Republikaner abweichen.

Seite, nach dem Artikel Lambachs wissen wir nun ganz genau, daß sich die Deutschnationale Volkspartei aus Monarchisten und Republikanern zusammensetzt. Diese Tatsache ist so wenig zu bestreiten, daß auch die offiziellen Führer der Partei erst gar nicht versucht haben, ihr zu widersprechen. Wenn Graf Westarp auch in der „Kreuzzeitung“ gegen Lambach polemisiert und von neuem seine eigene monarchistische Überzeugung betont, so hat er doch an einer andern Stelle zugeben müssen, daß die Werbekraft des monarchischen Gedankens sichtbar im Rückgang begriffen sei. Und der Presseschef der Deutschnationalen Volkspartei, Dr. von Kries, hat in der offiziellen Korrespondenz der Partei erklärt, daß die Frage der Staatsform als Gegenwartsproblem nicht zur Diskussion gestellt werden könne, und daß die Lambach'sche Auffassung richtig sei, daß beide Richtungen, die monarchische und die republikanische, in die Deutschnationale Volkspartei hineingehören. Herr von Kries bemängelt, daß über die Frage der Staatsform noch nicht in aller Form abgestimmt worden sei, aber er selbst hält es gar nicht für ausgeschlossen, daß dann die Entscheidung für die Republik fallen werde. Bei alledem sei es aber historische Aufgabe der Deutschnationalen Volkspartei, die ganze Fragestellung „Monarchie oder Republik?“ lebendig zu erhalten, bis zu dem Zeitpunkt, wo diese Frage einmal beantwortet werden kann.

Man sieht hier ganz klar den Widerspruch. Wenn die Frage „Monarchie oder Republik?“ als Gegenwartsproblem überhaupt nicht mehr zur Debatte steht, und wenn die Werbekraft des monarchischen Gedankens allenthalben im Rückgang begriffen ist, so ist es doch von vornherein unmöglich, das Problem als solches noch irgendwie lebendig zu erhalten. Die Jugend jedenfalls wird sich nur für Probleme erwärmen lassen, deren Lösung eine irgendwie aktuelle Bedeutung hat. Und somit enthalten alle diese Artikel nichts anderes, als das Eingeständnis, daß mit der monarchistischen Idee als Werbemittel nichts mehr anzufangen ist, und daß auch die Deutschnationale Volkspartei sich damit abfinden müsse, eine halb monarchistische, halb republikanische Partei zu werden.

Inzwischen ist die Angelegenheit von einem anderen deutschnationalen Führer auch noch vom Standpunkt religiöser Empfindungen aus besprochen worden. Der Kernpunkt der Ausführung war der, daß die göttliche Allmacht sich offensichtlich für die Republik und gegen die Monarchie entschieden habe.

Als Lambachs Artikel erschien, sind die Deutschnationalen des rechten Flügels begreiflicherweise empört gewesen, zumal dieser Artikel auch in der Form das den Monarchisten inne wohnende Pietätsgefühl verletzte, so vor allem mit der Feststellung, daß Könige und Prinzen für die heranwachsende Generation nur noch eine Bühnen- und Filmangelegenheit seien. Lambachs Ausführungen sind denn auch gefeiert von der Reichstagsfraktion der Deutschnationalen Volkspartei ihrer Form und ihrem

Inhalt nach gemäßigter worden. Mehr hat man aber nicht zu tun gewagt, da man wußte, daß der Ausschluß Lambachs aus der Partei mit dem Austritt von etwa 10 Fraktionsmitgliedern und dem Ausscheiden des größten Teils der deutschnationalen Handlungsgehilfen, deren Führer Lambach ist, beantwortet werden würde. Kurz zuvor hatten sich große Landesorganisationen des deutschnationalen Handlungsgehilfenverbandes mit kaum noch zu überbietender Entschiedenheit für Lambach ausgesprochen.

Man hat sich also bemüht, die Gegenläufe zu überbrücken. Und aus diesem Bemühen heraus hat man auch den bisherigen Vorsitzenden, Grafen Westarp, nicht fallen lassen, sondern wiedergewählt. Aber die beiden stellvertretenden Vorsitzenden, Abg. Oberfohren und Abg. von Lindeiner, gehören mehr zu der modernen Richtung und werden, wenn gewisse Behauptungen in der Presse richtig sind, in Zukunft die Aufgabe haben, Herrn Westarp etwas zu kontrollieren. Daß man zu der Frage „Monarchie und Republik?“ in diesem Augenblick nicht offiziell Stellung nehmen würde, war nach Lage der Dinge zu erwarten.

Die ganze Debatte hat das eine Gute gehabt: sie hat der Öffentlichkeit gezeigt, daß der Monarchismus selbst dort seine festen Fundamente mehr besitzt, wo er als oberster Punkt im Parteiprogramm zu finden ist, und daß auch die deutschnationale Volkspartei sich darauf einrichten muß, Monarchisten und Republikanern Gastfreundschaft in ihrer Parteiorganisation zu gewähren.

Die neue Regierung vor dem Reichstag

Am Dienstag 3 Uhr wird Reichszankler Müller sein neues Kabinett dem Reichstage mit einer programmatischen Erklärung vorstellen. Die neuen Minister werden mit Ausnahme des Reichsaussenministers vollständig an dieser Sitzung teilnehmen. Die Regierungserklärung ist entgegen den ursprünglichen Absichten sehr ausführlich und dürfte fast eine Stunde in Anspruch nehmen. Sie wird fast alle jene politischen Fragen berühren, die schon bei den interfraktionellen Besprechungen über die Regierungsbildung eine Rolle gespielt haben.

Am Mittwoch wird dann die große politische Aussprache beginnen, um voraussichtlich erst am Freitag geschlossen zu werden; es werden dabei zwei Rednergarnituren zu Worte kommen.

Danach wird zunächst eine kurze Pause von drei bis vier Tagen in den Kollisionsen eintreten, während deren die Ausschüsse sich mit den Aufgaben beschäftigen werden, die ihnen der Reichstag noch als dringlich überweisen wird. So wird der Rechtsausschuß bereits am Mittwoch die Amnestieanträge in Beratung nehmen. Die Amnestievorlage dürfte als erstes Gesetzgebungsstück nach der politischen Aussprache noch vor den Sommerferien, die von Mitte Juli bis Herbst dauern, verabschiedet werden. Die neue Reichsregierung will aber auch alsbald die Vorlage vor den Reichstag bringen, durch die im Sinne der Beschlüsse des Reichstages der 11. August der Tag der Weimarer Verfassung zum Nationalfeiertag gemacht werden soll.

Neue Anträge im Reichstag

Die Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei hat dem Reichstag einen Antrag zugehen lassen, der einen neuen Einkommensteuertarif verlangt, in dem folgende Gesichtspunkte berücksichtigt werden sollen: 1. Bei Lohnsteuerpflichtigen und bei den zu veranlagenden Steuerpflichtigen mit einem 8000 Reichsmark nicht übersteigenden Einkommen soll eine durchschnittliche Abprozentige Senkung des Steuerbetrages eintreten. 2. Bei Steuerpflichtigen mit einem zwischen 8000 und 40 000 Reichsmark liegenden Einkommen soll eine Senkung von 15-20 Prozent eintreten. 3. Bei den höheren Einkommen soll die Belastung 33 1/2 Prozent nicht übersteigen. 4. Der Einheitssteuersatz von 10 Prozent ist beizubehalten.

Die demokratische Reichstagsfraktion erucht in einem Antrag die Regierung, dafür Sorge zu tragen, daß in den Verwaltungsrat der Reichsbahn-Gesellschaft auch ein Vertreter der deutschen Bauernschaft und ein Vertreter des deutschen Handwerks entsandt werden.

Baron Ohlendorff gestorben. Der Großkaufmann Baron Heinrich von Ohlendorff, der Besitzer der früheren „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“, ist in der vergangenen Nacht im Alter von 93 Jahren gestorben.

Opernschluß am Badischen Landestheater

Die beiden letzten Opernvorstellungen der Spielzeit 1927/28, die im ganzen gesehen recht günstig verliefen, wenn sie auch manche zu Anfang gegebenen Versprechungen nicht einlöste, waren zugleich Abschiedsabend. Adolf Vogel, den wir an Hannover verlieren, hatte sich für sein letztes offizielles Auftreten den Mephisto (in Gounods „Margarethe“) gewählt und damit noch einmal zu einer Rolle gegriffen, welche seine hier erreichte Leistungsfähigkeit eindrucksvoll bezeugte. Wir wollen nicht im einzelnen rekapitulieren, wie sich dieser intelligente Sänger entwickelt hat, seitdem er erstmals noch unter Ferdinand Wagner als Alberich in unserem Ensemble tätig war und schon bei jener Gelegenheit durch die minutöse Ausfertigung der Partie auffiel. Jedenfalls hat er aber im Verlauf der nächsten zwei Spieljahre alle Erwartungen erfüllt, die man an ihn als zukünftigen Bassisten zu stellen hatte, und zwar gewann nicht nur das schöne Organ bedeutend an Umfang, ebenso kontinuierlich vervollkommnete sich auch sein Spiel und blieb der psychologischen Erfassung der ihm nach und nach anvertrauten größeren Figuren kaum je etwas schuldig. Beide Momente — die beispielhaft abgerundete Behandlung des Gesanglichen und der stets fesselnde dramatische Ausdruck — in so glücklicher Weise vereint, erhoben seine Erscheinung auf der Bühne immer zu einer Angelegenheit der inneren Überzeugung, und deutlich spürbar ward selbst bei kleinsten Chargen der lebensnahe Kontakt, der dem Großteil des Publikums das Mitempfinden so ungemein erleichtert und die Wirkung vom Niveau einer konventionellen Darbietung erst zur Illusion künstlerischen Geschehens wachschaltet. Nicht vergessen sei überdies, daß Adolf Vogel sich keineswegs bloß als Sänger auf den Brettern bewährte, sondern auch im Konzertsaal starke Erfolge zu erzielen wußte. Und gerade Liederabende, für so manchen älteren routinieren Bühnenfänger sonst meist ein lässliches Experiment, überragten als sorgfältig durchdachte und durchgeführte Leistungen weit das Mittelmaß.

Am Sonntagabend endlich verabschiedete sich vor ausverkauftem Haus Rudolf Weyrauch in Vorhänge „Waffenkammer“.

Amtsantritt des Reichsministers für Ernährung und Landwirtschaft Dietrich-Baden

Im Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft verabschiedete sich Reichsernährungsminister Schiele von seinen Beamten mit warmen Worten des Dankes für die treue und verantwortungsvolle Mitarbeit. Er sprach dabei die Erwartung aus, daß die im letzten Jahre zum Zwecke der Ernährung und Förderung der deutschen Landwirtschaft geschaffenen Grundlagen von dauerndem Werte seien und von seinem Nachfolger, mit dem er in bezug auf Fragen der Landwirtschaft, wenn auch nicht in allen Einzelheiten, so doch in den Zielen, übereinstimmend weiter ausgebaut würden.

Gleichzeitig trat der neue Reichsminister Dietrich sein Amt an und führte sich ein mit einer kurzen Ansprache, in der er die Bedeutung der Landwirtschaft für unsere Volkswirtschaft, Volksernährung und Volkstum hervorhob und darauf hinwies, daß er als mehrjähriger parlamentarischer Berichterstatter für den Etat des Reichsministeriums für Ernährung und Landwirtschaft mit der hier in Frage stehenden Materie weitgehend vertraut und daß ihm nach 20jähriger Tätigkeit als Staats- und Kommunalbeamter auch die formelle Abweidlung der Geschäfte keineswegs fremd sei. Er werde auf der von seinem Amtsvorgänger geschaffenen Grundlage aufbauen und hoffe, daß er bei Durchführung der ihm gestellten schwierigen Aufgabe das Vertrauen der deutschen Landwirtschaft finden werde. Die Beamtenschaft des Ministeriums bitte er um ihre vertrauensvolle Unterstützung und Mitarbeit. Staatssekretär Dr. Hofmann hob die Verdienste des scheidenden Ministers Schiele um die deutsche Landwirtschaft hervor und begrüßte den neuen Minister im Namen der Beamtenschaft.

Fraktionsführung der Deutschnationalen Volkspartei

Von der Deutschnationalen Volkspartei wird folgendes Kommuniqué ausgegeben: Die Reichstagsfraktion der Deutschnationalen Volkspartei hielt am Montag, den 2. Juli, vormittags eine Sitzung ab, die bis in den späten Nachmittag währte. Gegenstand der Erörterung im Verlaufe der politischen Aussprache war der in der „Politischen Wochenschrift“ veröffentlichte Aufsatz „Monarchismus“ des Abgeordneten Lambach, sowie die Neuwahl des Fraktionsvorstandes.

In der Angelegenheit Lambach wurde folgende Entscheidung angenommen: „Die deutschnationale Reichstagsfraktion behandelte in der heutigen Sitzung u. a. den Artikel „Monarchismus“, dem der Abgeordnete Lambach in der „Politischen Wochenschrift“ veröffentlicht hat. Es lag eine Erklärung des Abgeordneten Lambach vor, wonach er mit seinem Artikel die Absicht verfolgt habe, als überzeugter Monarchist und im vollen Einklang mit dem deutschnationalen Parteiprogramm die Werbung für den deutschnationalen Gedanken zu fördern. Die Fraktion ist der Überzeugung, daß der fragliche Artikel für diesen Zweck ungeeignet ist und mißbilligt ihn nach Form und Inhalt.“

Das Ergebnis der Wahl des Fraktionsvorstandes war folgendes: Zum Vorsitzenden der Fraktion wurde Graf Westarp wiedergewählt, als stellvertretende Vorsitzende wurden die Abgeordneten Dr. Oberfohren und von Lindeiner-Wildau gewählt. Die Führung der inneren Geschäfte der Fraktion wurde wie bisher Geheimrat Schulz, Fromberg, übertragen. Graf Westarp und die Stellvertreter nahmen die Wahl unter lebhaftem Beifall der Fraktion an.

Die drei Musterverträge für den Frieden

Das Sicherheitskomitee hat in zweiter Lesung die drei Musterverträge (A, B, C) angenommen. Über die friedliche Regelung aller Streitigkeiten (A), über Schieds- und Vergleichswesen (B) und über Vergleichswesen in besonderen (C) werden der nächsten Völkerverammlung zur endgültigen Entscheidung vorgelegt werden. Zu dem deutschen Antrag über einen dem Völkerverband empfohlenen Waffenstillstand im Falle des Ausbruchs eines Krieges brachte der englische Vertreter einen eigenen Antrag ein, der sich aber im wesentlichen, wie auch Herr v. Simson betonte, mit dem deutschen Vorschlag deckt. Der schwedische Vertreter zog die deutsche Formel vor, während Paul-Boncour und der italienische Delegierte sich für den englischen Vorschlag aussprachen. Das Redaktionskomitee soll unter Berücksichtigung der Ergebnisse einen Konventionsskizzen ausarbeiten, der am Mittwoch in der Vollversammlung zur Beratung kommt.

Der Kongreß des Weltverbandes der Völkerverbandsvereinigungen wurde in Haag feierlich eröffnet. Deutschland ist u. a. durch den Grafen Bernstorff vertreten. Es sind 200 Delegierte von 30 Nationen anwesend.

Eine englische Stimme gegen die Ungerechtigkeiten des Versailler Friedensvertrages

In der „Daily News and Westminster Gazette“ schreibt Wilson Harris: Die Rheinlandbesetzung kann schwerlich als gerecht bezeichnet werden, wenn auch Deutschland die ihm auferlegten Verpflichtungen zur ausgesprochenen Zufriedenheit seiner vormaligen Feinde erfüllt. Auch der Reparationsplan wird vielleicht aufhören, gerecht zu sein, wenn es sich zeigt, daß Deutschlands Zahlungsfähigkeit überschätzt worden ist. Der amerikanische Generalagent für Reparationen hat mehr als eine ernste Warnung vor der kommenden Krise ausgesprochen. Es ist weder gerecht, noch klug, von Deutschland mehr zu verlangen, als es zu leisten vermag. Wenn vor 9 Jahren ein völlig gerechter Friede unmöglich war, dann muß das Versäumte jetzt nachgeholt werden. Manche Ungerechtigkeiten sind in der Zwischenzeit beseitigt worden. Mit den noch vorhandenen muß in gleicher Weise verfahren werden.

Bildung eines rechtsstehenden „Jungnationalen Ringes“

Wie der „Völkzeitung“ nach verlautet, hat sich ein Kreis von rechtsstehenden Politikern gebildet, der demnächst unter dem Namen „Jungnationaler Ring“ vor die Öffentlichkeit treten will. Zu dem internen Vorgehen bei der Deutschnationalen Volkspartei geht dem Blatt aus diesen Kreisen eine Zuschrift zu, in der es heißt: Nicht um republikanisch oder monarchistisch geht es, sondern um Aufstieg oder Stagnation. Wir beklagen uns zur Republik, weil wir aus ihr ein neues, größeres Deutschland hervorgehen lassen wollen. Wenn wir der Deutschnationalen Volkspartei zu dem Kampf der Lambachs und Gerlinge einen Pat geben dürfen, so ist es der dem Vorschlag Lambachs, „Gleiches Recht für Monarchisten und Republikaner in einer konservativen Partei“, zu willfahren, was für sich einfach ist, weil solche Parteität ja praktisch längst besteht.

Das afghanische Königspaar ist von seiner Europareise nach Kabul in die Heimat zurückgekehrt und dort begeistert empfangen worden.

Cheberatungsstellen

Der Gedanke der Errichtung von Cheberatungsstellen geht von dem Bestreben aus, möglichst zu verhindern, daß Geistesranke, Geisteschwäche, Epileptische und andere ungeeignete Personen eine Ehe eingehen. Man hat zu diesem Zwecke ein gesetzliches Eheverbot vorgeschlagen, und in manchen Ländern sind bereits Anträge zu solchen gesetzlichen Maßnahmen vorhanden. In Deutschland konzentrierten sich Bestrebungen dieser Art hauptsächlich dahin, bei jeder Eheschließung von beiden Partnern ein Gesundheitszeugnis behördlich zu fordern. Der erste praktische Schritt wurde erst im Jahre 1920 getan, indem damals die Verteilung eines Merkblattes über die bei jeder Eheschließung zu erörternden gesundheitlichen Fragen gesetzlich angeordnet wurde. Auch diese Einrichtung fand anfangs mancherlei Widerspruch, hat sich aber im großen und ganzen bewährt.

Vor zwei Jahren ist nun der preussische Minister für Volkswohlfahrt noch wesentlich weiter gegangen, indem er in einem Erlass die Einrichtung von ärztlich geleiteten Eheberatungsstellen angeordnet hat. Die Beratungsstellen sollen jedem Ratjüngeren unentgeltlich nach eingehender Untersuchung ein Zeugnis über seine gesundheitliche Eignung zur Eheschließung ausstellen. Der Besuch der Beratungsstellen ist jedoch durchaus freiwillig, was gebilligt werden muß. Im Verlaufe dieses Erlasses sind nicht nur in Preußen, sondern in ganz Deutschland, in den letzten zwei Jahren rund 120 Eheberatungsstellen gegründet worden. Es gibt sogar schon eine Vereinigung öffentlicher Eheberatungsstellen.

Die Eheberatungsstellen sind aber nicht nur für Ehe-schließende, sondern auch schon Verheiratete da und haben hier durch Erteilung von Rat schon außerordentlich viel Nutzen gestiftet. In Hamburg ist eine Beratungsstelle besonderer Art eingerichtet worden, die sich Vertrauensstelle für Verlobte und Eheleute aller Stände“ nennt und sich nicht auf Beratung in körperlichen Gesundheitsfragen beschränkt, sondern sich auch der allgemein menschlichen Seite der Ehe annimmt. In dieser Vertrauensstelle arbeiten „Ratgeber“ und „Schlichter“. Sie wollen durch die Möglichkeit vertraulicher Aussprache auch auftretende Eheschwierigkeiten klären und gegebenenfalls schlichten. In einer Verbindung unmöglich, so soll auf eine in würdiger Weise herbeigeführte Trennung der Eheleute und auf angemessene Regelung der Unterhaltsfrage sowie bestmögliche Fürsorge für die Kinder hingewirkt werden. Über die Erfolge, die auf diesem Gebiet in Hamburg erzielt worden sind, ist noch nichts Näheres berichtet worden. Es wäre interessant, darüber etwas von berufener Seite zu erfahren.

beachtenswerte, reichillustrierte Zuhilfenahme in mehr als 45 großen, hervorragenden Abbildungen (Preis des Sonderheftes 3,- M) eine Übersicht über die „neuezeitlichen Innenräume der Ausstellung Deutsche Kunst, Düsseldorf, 1928“, über Räume, in denen die namhaftesten Innenarchitekten, wie Breuhaus, Fahnenlamp, Bach-Hofgarten, Straumer, Gorge, Fischer, Pfeifer und Großmann, Grieger, Lütjens, Lafajo, Brünning u. a. m. ihr Bestes gaben.

„In Stuttgart hat man im Vorjahre mit der holländisch-spanischen Ideologie der neuesten Bauform auch im Innenraum Ernst zu machen versucht“, — so schreibt Wilhelm Michel im Begleitwort zu der Veröffentlichung. „In Düsseldorf aber stellt sich ihr der Geist des gemäßigten Komforts überall entgegen, wie es ganz natürlich ist bei einer Raumkunst, die seit Jahrzehnten auf das Ziel höchster Geschmacksfreiheit, feinsten Repräsentation und größten Lustgewinns beim Wohnen ausgegangen ist. . . . Es werden noch einige Auseinandersetzungen erfolgen müssen, bis der Konflikt zwischen der Idee der „Wohnmaschine“ und der Idee des an sich formvollen, eine objektive Welt bedeutenden Heims als ausgetragen gelten kann.“

„Man verläßt die Düsseldorfer Ausstellung mit dem Gefühl, über die Kräfte, Gebalte und Temperamente, die den heutigen deutschen Innenbau beherrschen, Maßgebendes erfahren zu haben. Man vermerkt es mit Genugtuung, daß namentlich auch die Möbelindustrie ihre frühere Ausstellungsfreundlichkeit zurückgewonnen hat. Die Gesamtleitung ist durchaus achtunggebietend; eine gewisse innere Verantwortlichkeit der verschiedenen Lösungen liegt unmerklich vor, worin deutlich wird, daß hier mehr gegeben ist als eine Betätigung zusammenhängender Individualitäten. Wichtig ist insbesondere die Feststellung, daß sich hier die kunsthistorische Tradition, die neuerdings vielfach in ihrem Fortleben angezweifelt wurde, als tragfähig erweist auch für die Aufgaben und Lösungen der Gegenwart und der nächsten Zukunft. Darin liegt die Gewähr, daß unsere Raumgestaltung den durch Überlieferung bewährten Boden nicht so bald unter den Füßen verlieren wird, auch wenn neue Entwicklungselemente sich noch stürmischer als bisher herandrängen sollten.“

Neuezeitliche Innenräume in der Ausstellung „Deutsche Kunst“ Düsseldorf

„Deutschland ist das Laboratorium der Welt“, so sagt Graf Hermann Reyerling. „Es ist Laboratorium im allergrößten Stil zu dieser Zeit. Man tue alle geistigen Bewegungen der übrigen Welt auf eine Waagschale und die von Deutschland auf die andere — die letztere wird sinken.“ Diese These gilt in hervorragender Weise auch für das Gebiet der deutschen Wohnungskunst, für die aktive Arbeit um die Schaffung des neuezeitlichen Innenraums.

Über alle wesentlichen Fortschritte auf diesem Gebiet gibt die von Graf Dr. Alexander Koch in Darmstadt herausgegebene maßgebende Kunftschrift „Innendekoration“ die vorzüglichste Information. So bietet das soeben erschienene sehr

Kurze Nachrichten aus Baden

Badische Auswandererziffern. Aus Baden wanderten nach Übersee im Monat April 529 Personen aus, gegenüber 591 im März und 592 im April des Vorjahres. Im Verlauf des ersten Vierteljahres ergab sich eine Gesamtzahl von 1381 badischen Überseeauswanderern, davon 746 männliche und 635 weibliche Personen. Von ihnen benutzten als Abfahrtschiffen 791 Bremen und 585 Hamburg, während 5 aus ausländischen Häfen gemeldet wurden (ohne Antwerpen im März). In den letzten Jahren ist eine langsame Steigerung der badischen Auswandererziffern im jeweils ersten Vierteljahr von 1161 im Jahre 1926 über 1281 auf 1381 festzustellen.

Bühl, 2. Juli. Der Bezirksverein Bühl des ehemaligen Bad. Pionierbataillons 14 hielt in den Tagen 30. Juni bis 2. Juli in der Ostmetropole Mittelbadens, seinen 48. Pioniertag ab. Den Auftakt bildete am Samstagabend ein Festbankett. Der Haupttag der Veranstaltung, der Sonntag, brachte einen imposanten Festzug. Auf dem Festplatz sprach Oberstleutnant a. D. Gimke, der letzte Kommandeur des Badischen Pionierbataillons 14. Am Vormittag hatten Gottesdienste, sowie eine Gefallenen-Gedenkfeier am Denkmal im Stadtpark stattgefunden.

B3. Niederschwarzwald, 3. Juli. Die Bauarbeiten am Kraftwerk Niburg-Niederschwarzwald schreiten rasch und planmäßig fort. Nun verschiebt sich der schweizerische Arbeitsplan nach der Rheinmitte zu, wo noch zwei Strompfeiler außer den bereits errichteten drei Pfeilern zu bauen sind. Diese schließen sich damit an die badische Baustelle an. Man hofft, im nächsten Sommer sämtliche Strompfeiler und zwei Turbinentammern fertiggestellt zu haben, so daß bis zum Betriebsbeginn im Jahre 1930 noch die zwei restlichen Turbinentammern, die Wehrverschlüsse, das Maschinenhaus, die Schaltstation usw. zu bauen sein werden.

Id. Friesenheim (bei Lahr), 2. Juli. Bei der Bürgermeisterwahl wurde der bisherige Bürgermeister, L. Huber, wiedergewählt.

B3. Achern, 2. Juli. In Anwesenheit vieler Kriegskameraden, darunter auch der Generale von Gallwitz, von Wed, Wolf, wurde am Samstag und Sonntag hier der erste mittelbadische Artillerietag gefeiert. Ein Fackelzug und ein Festbankett am Samstagabend gaben den Auftakt zu den Feierlichkeiten am nachfolgenden Tage. Nach einer Gedenkfeier an den Kriegesgräbern am Sonntag morgen bewegte sich ein großer Festzug durch die Straßen, der viele historische Gruppen aus früheren Kriegszeitern mit sich führte. Über 35 Formationen aus dem ganzen Lande beteiligten sich daran. Bei dem Festakt auf den Rennwiesen hielten General von Gallwitz, Oberstleutnant a. D. Holz und Stahlfeldführer Sterzel, Freiburg, Ansprachen, die sämtlich der Kameradschaft, der Treue und den Pflichten gegenüber dem Vaterlande galten.

Id. Urloffen (bei Offenburg), 2. Juli. Unter großer Beteiligung (am Festzuge nahmen 40 Vereine teil) wurde am Sonntag das **Kriegerdenkmal für die Gefallenen** der hiesigen Gemeinde eingeweiht. Bei der Enthüllung, die nach dem Festgottesdienst vorgenommen wurde, hielten Ansprachen Bürgermeister Schelli, Bildhauer Kramer, der Schöpfer des Denkmals, und Pfarrer Papf. Das Denkmal güt dem Andenken von 82 im Weltkrieg gefallenen Söhnen der Gemeinde. Musikstücke und Vorträge umrahmten die schöne Feier. Dem Denkmal liegt das Motto zu Grunde: „Ich hatt einen Kameraden.“

Id. Lahr, 2. Juli. Am Samstag schied Oberbürgermeister Dr. Mifelig nach fast 30jähriger Dienstzeit aus seinem Amte, das ihm dreimal nacheinander, zuletzt am 21. Juni 1919, übertragen wurde. Die erste Hälfte seiner Dienstzeit sah den starken wirtschaftlichen Aufschwung der Stadt Lahr, die zweite Hälfte war durch Nachwehen der Kriegsjahre minder schön. Eine Reihe von größeren Arbeiten, die der Scheidende noch anregte — Kanalisation, Rathausneubau, Ausbau des Logenbeckens Anwesens u. a. — harren noch der Ausführung. Dr. Mifelig will seine Ruhejahre mit seiner Familie in Baden-Baden verleben.

*** Gaiingen, Amt Börsach, 3. Juli.** Bei der hier stattgefundenen Bürgermeisterwahl wurde der feierliche Bürgermeister Mühl mit großer Stimmenmehrheit wiedergewählt.

Staatsanzeiger

Bekanntmachung

Die Wahl der Vertreter der Versicherten für die Unfallversicherung bei der bad. landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaft. Nachdem für die zu wählenden Vertreter der Versicherten für die Unfallversicherung bei der badischen landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaft eine gemeinsame Vorschlagsliste eingereicht wurde, gelten die in ihr genannten als gewählt. Hiernach sind gewählt:

- a) Vertreter:**
1. Vuhlinger, Heinrich, Holzhauser, Karlsruhe, Luisenstr. 52.
 2. Bunschuh, Karl Anton, Arbeiter, Baden-Gaisbach, Haus Nr. 93.
 3. Berner, Hermann, Holzhauser, Baden-Baden, Walzenbergstr. 92.
 4. Doll, Karl, Waldarbeiter, Nordrach.
 5. Korb, Georg, landwirtschaftlicher Arbeiter, Gutsverwaltung Kirchgartshausen.

- b) Ersatzmänner:**
1. Jall, Karl, Holzhauser, Baden-Oberbeuern, Haus Nr. 61.
 2. Jechle, Richard, Holzhauser, Wolfach, Schloßstr. 80.
 3. Beder, Fritz, Waldarbeiter, Waldangeloch.
 4. Zint, Georg, Holzhauser, Bühlertal, Hauptstr. 301.
 5. Ribel, Josef, Holzhausermeister, Baden-Oberbeuern, Haus Nr. 57.
 6. Griebbaum, Emil, Holzhauser, Münchweier.
 7. Hornung, Johann, Landarbeiter, Muggensturm, Amt Rastatt, Karlstr. 16.
 8. Spiffinger, Wilhelm, Holzhauser, Forbach (Murgtal), Haus Nr. 3.
 9. Schmid, Leo, Holzhauser, Rippoldsau.

Badisches Landesversicherungsamt
Der Wahlleiter: Pfisterer

Saison - Ausverkauf

Meine Preise sind rücksichtslos herabgesetzt!



Eisenhardt
Damen - Moden
Kleider - Hüte
Schleier - Accessoires

AUSVERKAUF

AUSSTELLUNG KARLSRUHE DIE PFALZ
STÄDT. AUSSTELLUNGSHALLE 1.-15. JULI 1928
Eintrittspreise: 50 Rpf., Kinder und Schulen die Hälfte, Dauerkarten 2 RM.

Saison - Ausverkauf

Herrenstoffe
Damenkleiderstoffe
Seidenstoffe
Baumwollwaren
Wäschestoffe

10% zu staunend billigen Preisen

auf alle nicht herabgesetzten Waren

Leipheimer & Mende

Möbel

Qualitätsarbeiten von Handwerk und Industrie für jeden Geschmack und Geldbeutel

10% Rabatt auf alle Ausstellungsobjekte

Dauermöbelschau im Markgräf. Palais Rondellplatz Karlsruhe

Eintritt frei!

Erich Rudolff

Städtische Sparkasse Ettlingen.

Bilanz per 31. Dezember 1927.

Vermögen.	Rh.	Verbindlichkeiten	Rh.
1. Kassenbestand	13 829,25	1. Spareinlagen	1 559 729,81
2. Guthaben bei Banken und Girozentrale	282 471,02	2. Giro- u. Kontokorrentkonto	337 439,17
3. Wertpapiere	1 101,90	3. Aufwertung	1 574 143,18
4. Wechsel	96 131,-	4. Rücklagen	41 486,97
5. Darlehen a. Hypotheken	624 860,45	5. Reingewinn vom Jahre 1927	30 949,41
6. Darlehen in laufender Rechnung an Private	479 397,88		
7. Lombarddarlehen	41 900,-		
8. Darlehen auf Schuldschein an Private	164 699,17		
9. Darlehen an Gemeinden	390 044,-		
10. Einnahmerückstände	12 075,16		
11. Aufwertung	1 409 923,71		
12. Grundstücke u. Gebäude	25 000,-		
13. Gerätschaften	2 215,-		
	3 543 648,54		3 543 648,54

Berechnung der Rücklagen:

Die gesetzliche Rücklage hat zu betragen:
5% aus 1 897 168,98 Rh Einlagen . . . 94 858,40 Rh
Sie beträgt auf Schluß des Jahres 1927 . . . 72 336,38 Rh
Somit weniger . . . 22 522,02 Rh

Ettlingen, den 12. Juni 1928. R. 343

Der Vorsitzende des Verwaltungsrats: gez. Dr. Potyka

Der Geschäftsleiter: gez. R o o s.

tag, den 20. Juli 1928, vormittags 8 1/2 Uhr, vor dem Amtsgericht, hier, 2. Stod, Zimmer 142, Karlsruhe, 27. Juni 1928. Geschäftsstelle Bad. Amtsgericht A. 5.



Badisches Landestheater

Mittwoch, 4. Juli 1928

12. Vorstellung der Schülernie

Das Nürnbergisch Ei von Carl an in Szene gesetzt von Ulrich von der Trens

Dentlein	Dahlen
Ev	Mietens
Charitas	Mödel
Apfelbaum	Graf
Güldenbeck	Müller
Scheel	Prüter
Bratvogel	Brand
Behaim	Herz
Barbara	Frauenborfer
Schönbartläufer	Mehner
Weinfelige	Center

Anfang 18 1/2, Ende geg. 20 1/2, I. Rang und I. Sprechst. 5 Rh

Plätze vom 2. Rang an sind für den allgemeinen Verkauf freigegeben.

Donnerstag, 5. Juli, Fuhrmann Henschel, Freitag 6. Juli, Fuhrmann Henschel.

N. 353. Bühl. In dem Konkursverfahren über den Nachlaß des am 7. Februar 1920 in Stuttgart gestorbenen, zuletzt in Bühlertal wohnhaft gewesenen Kaufmann Ludwig Großmann ist Termin zur Anhörung der Gläubigerverammlung über eine der Witwe des Gemeinschuldners zu bewilligenden Unterstützung und zur Prüfung der nachträglich angemeldeten Forderungen bestimmt auf: **Samstag, den 14. Juli 1928, vormittags 10 Uhr**, hierher, II. Stod, Zimmer Nr. 11. Bühl, den 28. Juli 1928. Bad. Amtsgericht II.

N. 358. Karlsruhe. Über den Nachlaß des Dr. Hanns Wirth, Nöntgenfacharzt in Karlsruhe, Stefanienstr. 7, wurde heute nachmittag 4 1/2 Uhr Konkurs eröffnet. Konkursverwalter ist: Rechtsanwalt Dr. Otto Fiegleistler in Karlsruhe, Kaiserstr. 215. Konkursforderungen sind bis zum 1. August 1928 bei dem Gerichte anzumelden. Termin zur Wahl eines Verwalters, eines Gläubigeraussschusses, zur Entschlieung über die in § 182 der Konkursordnung bezeichneten Gegenstände u. zur Prüfung der angemeldeten Forderungen ist am:

Dienstag, den 7. August 1928, vormittags 9 Uhr, vor dem Amtsgericht Karlsruhe, Akademiestr. 4, I. Stod, Zimmer Nr. 84. Wer Gegenstände der Konkursmasse besitzt oder zur Waffe etwas schuldet, darf nichts mehr an den bisherigen Nachlaßverwalter leisten. Der Besitz der Sache und ein Anspruch auf abgeforderte Befriedigung daraus ist dem Konkursverwalter bis 14. Juli 1928 anzuzeigen.

Karlsruhe, 29. Juni 1928.

Geschäftsstelle des Amtsgerichts A. 8.

N. 359. Karlsruhe. Im Konkursverfahren über das Vermögen der Fabrikfabrik Geropp & Co., G.m.b.H. in Karlsruhe, ist zur Abnahme der Schlußrechnung, zur Erhebung von Einwendungen gegen das Verzeichnis der bei der Verteilung zu berücksichtigenden Forderungen, zur Beschlußfassung über die nicht vermerkbaren Vermögensgegenstände und die Fest-

setzung der Vergütungen und Auslagen der Gläubigerausschussmitglieder, sowie zur Festsetzung der Vergütung und Auslagen der Verwalter Schlußtermin bestimmt auf: **Freitag, den 26. Juli 1928, vormittags 10 Uhr**, hierher, II. Stod, Zimmer Nr. 11. Bühl, den 28. Juli 1928. Bad. Amtsgericht II.